

PROTEKTIONISMUS

«Switzerland first» bei Druckaufträgen des Bunds: Ueli Maurer spricht von krassem Regelverstoss

von Kari Kälin - CH Media • 13.12.2018 um 04:30 Uhr



Ausgerechnet SVP-Magistrat Ueli Maurer erinnerte die Ständeräte an das klare Nein des Volkes zur Selbstbestimmungs-Initiative der SVP.

© Keystone

Der Bund muss seine Druckaufträge künftig im Inland vergeben. Finanzminister Ueli Maurer sieht darin einen Verstoss gegen internationales Recht.

Die Schweizer Druckindustrie leidet unter sinkender Wertschöpfung. Jetzt eilt die Politik der Branche zu Hilfe. Der Ständerat hat am Montag zu vorgerückter

Stunde Massnahmen für mehr Swissness beschlossen.

Künftig dürfen der Bund und bundesnahe Betriebe wie die SBB oder die Post Druckaufträge nur noch an das einheimische Gewerbe vergeben. Mit 23 zu 8 Stimmen hiess die kleine Kammer eine entsprechende Motion von Nationalrat Felix Müri (SVP, LU) gut.

Kommission einstimmig dagegen

Das Resultat überrascht. Die vorberatende Wirtschaftskommission hatte den Vorstoss noch mit 9 zu 0 Stimmen abgelehnt. Doch Müri lobbyierte erfolgreich für einen Meinungsumschwung. Auch die freisinnigen Ständeräte stimmen mehrheitlich für den protektionistischen Vorstoss. «Mir ist schon klar, dass ich damit keine rein liberale Position vertrete», sagte Damian Müller (FDP, LU) während der Ratsdebatte.

Die Politik sei aber auch dazu da, negative Auswirkungen des Strukturwandels abzufedern. Der Bundesrat lehnte Müris Idee mit Verweis auf die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) ab. Demnach müssen Beschaffungen ab einem Wert von 230 000 Franken öffentlich ausgeschrieben werden.

Finanzminister Ueli Maurer (SVP) stellte klar, dass der Bundesrat Müris Motion «bei aller Sympathie für den Vorstoss» nicht wortgetreu umsetzen könne - weil sich die Schweiz damit über internationale Verträge hinwegsetzen würde.

Ausgerechnet der SVP-Magistrat erinnerte die Ständeräte an das klare Nein des Volkes zur Selbstbestimmungs-Initiative der SVP: «Schweizer Recht steht nicht in jedem Fall vor internationalem Recht. Nehmen Sie die Motion nicht an, Sie würden sonst den Entscheid der Volksabstimmung missachten.»

Auf Konfrontation mit der WTO

Die Mehrheit der kleinen Kammer zeigte sich unbeeindruckt von diesen Worten. «Ich bin überzeugt, dass wir gerade bei Beschaffungsangelegenheiten den Spielraum etwas flexibler nutzen können, ohne gleich international abgestraft zu werden», sagte Damian Müller.

Felix Müri erhält derweil Gratulationen am Laufmeter von der Druckereibranche. Den Vorwurf, er betreibe Heimatschutz zulasten der Steuerzahler, kontert er. Die Privatwirtschaft sei schliesslich nicht betroffen von den neuen Regeln. «Der Bund und bundesnahe Betriebe haben aber auch eine Vorbildfunktion. Es kann nicht sein, dass der Bund die Berufslehre preist und

dann Aufträge an die ausländische Konkurrenz vergibt, anstatt an einheimische Druckereien, die Lehrlinge ausbilden.»



«Es kann nicht sein, dass der Bund die Berufslehre preist und dann Aufträge an die ausländische Konkurrenz vergibt.»

Felix Müri, Nationalrat (SVP, LU)

© Nordwestschweiz

Die Druckereibranche zählt rund 1000 Unternehmen und bildet 2000 Lehrlinge aus. 40 000 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt an der Branche. Der Bund vergab im letzten Jahr 4,3 Prozent aller Druckaufträge ins Ausland - für 1,2 Millionen Franken. Miteingerechnet sind dabei auch Einkäufe von Verlagsprodukten ausländischer Verlage. Für das Bundesbüchlein lag in der

Vergangenheit eine Offerte auf dem Tisch. Der Bund erteilte den Auftrag dann aber einer Druckerei im bernischen Langenthal.

Das Parlament steuert auch mit anderen Beschlüssen auf Kollisionskurs mit der WTO. Der Ständerat beschloss Anfang Woche, beim Beschaffungsrecht neu das Preisniveau im Land zu berücksichtigen. Das heisst konkret: Liegt das Preisniveau 30 Prozent unter demjenigen in der Schweiz, so muss der ausländische Anbieter ein mehr als 30 Prozent günstigeres Angebot machen, um preislich im Vorteil zu sein.

Bundesrat Ueli Maurer sieht in dieser Entscheidung einen «krassen Verstoss gegen die WTO-Vorschriften». Und geht davon aus, dass sich die Schweiz damit Klagen einhandeln wird.

© Copyright 2010 – 2018, az Aargauer Zeitung